

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2023/2024

16. Januar 2024

Unterrichtung durch den Präsidenten des Studierendenparlamentes

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 16. Januar 2024 auf Grundlage eines Sachantrags auf Vorlage 2324/57 (vgl. Protokoll auf Vorlage 2324/70) folgende Beschlussempfehlung für das Studierendenparlament ausgesprochen:

Sachantrag

des Mitglieds Justin Turpel für die Listen „Liste LINKS [...]“, „SDS* [...]“ und „junge sozialist:innen & fachschaftsaktive“

Für Meinungs- und Demonstrationenfreiheit

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Für Meinungs- und Demonstrationenfreiheit

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Petition:

Das Studierendenparlament

- ist besorgt um die im Grundgesetz, insbesondere in Artikel 5 und 8 verankerte Meinungs und Demonstrationenfreiheit in Hamburg und sieht diese durch die mehrmals verlängerte Allgemeinverfügung der Versammlungsbehörde Hamburg vom 15.10.2023 und daraus abgeleiteten Maßnahmen infrage gestellt; **und sieht sich durch den Beschluss des Verwaltungsgerichts darin bestätigt¹.**
- widersetzt sich dem zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und setzt sich dafür ein, dessen Ursachen zu erforschen und wirksam zu bekämpfen;
- **Widersetzt sich dem ebenfalls zunehmenden Antimuslimischen Rassismus in Deutschland und setzt sich dafür ein diesen wirksam zu bekämpfen.**
- verlangt, dass diejenigen, die ihre Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung ausdrücken wollen und dass diejenigen, die ihre Kritik an der israelischen Regierungs- und Militärpolitik ausdrücken wollen, dies offen und unter freiem Himmel tun können, ohne sich automatisch dem Vorwurf des Antisemitismus auszusetzen;
- verurteilt uneingeschränkt die menschenverachtenden und unannehmbaren Gräueltaten der Hamas und des Islamischen Jihad mit Geiselnahme und Ermordung von Zivilisten am 7. Oktober 2023;
- setzt sich dafür ein, die 75 Jahre andauernde Kolonisierung der palästinensischen Bevölkerung entsprechend der Resolutionen der UNO, ebenso wie die Unterdrückung und das **Töten** von Palästinensern zu beenden. ~~und ein friedliches-~~

¹ Aktenzeichen: 5 E 5290/23

Miteinander in einer Zweitstaatenlösung resp. eines Zweinationenstaates zu gewährleisten;

- ~~setzt sich für einen sofortigen Waffenstillstand in der Gaza-Enklave ein, sowie für die Freilassung aller Geiseln der Hamas;~~
- ~~fordert die sofortige Wiederherstellung resp. die künftige Gewährleistung der im Grundgesetz verankerten Meinungs- und Demonstrationsfreiheit auch in Hamburg~~
- **Fordert die künftige Gewährleistung der im Grundgesetz verankerten Meinungs- und Demonstrationsfreiheit auch in Hamburg**

Darüber hinaus setzt das StuPa sich dafür ein an der Uni Hamburg Fragen des Antisemitismus, des antimuslimischen Rassismus, der historischen Entwicklung des Staates Israel, die Absicherung der Existenzbedingungen eines Palästinensischen Staates, ebenso wie Fragen der Beendigung des Krieges im Nahen Osten sowie künftiger friedlicher Lösungen auf wissenschaftlicher Basis in der studentischen Öffentlichkeit auseinanderzusetzen.